

1998 wird das Jahr des Euro. In der letzten Februarwoche werden die Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten die nationalen Konvergenzergebnisse für 1997 veröffentlichten. Am 25. März legen die Europäische Kommission und das Europäische Währungsinstitut (EWI) ihre Berichte gemäß Art. 109j EG-Vertrag über die Erfüllung der Teilnahmevoraussetzungen vor. Dann müssen Bundestag und Bundesrat, in Einklang mit ihren Entschlüssen vom 2. und 18. Dezember 1992, ihre Voten zum Übergang in die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion (EWU) abgeben; sie binden damit die Bundesregierung.

Das erste Mai-Wochenende ist das Datum der Entscheidung: Am 1. und 2. Mai beraten der Rat (Wirtschafts- und Finanzminister) und das Europäische Parlament ihre Empfehlung bzw. Stellungnahme an den Europäischen Rat. Dieser beschließt am 3. Mai über den Teilnehmerkreis an der EWU und die künftigen bilateralen Umrechnungskurse zwischen den Teilnehmerwährungen. Zugleich dürfte er den Präsidenten, den Vizepräsidenten und die drei weiteren Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmen. Sie werden nach der Stellungnahme des Europäischen Parlaments voraussichtlich Ende Mai/Mitte Juni formell ernannt. Zum 1. Juli werden dann die EZB und das Europäische System der Zentralbanken errichtet. Sie bereiten den Übergang zur Währungsunion vor, der am 1. Januar 1999 vollzogen wird. Kurz vor Beginn des ersten Euro-Jahres sind auf der Basis der Jahresendnotierungen des ECU noch die Konversionskurse zwischen den Teilnehmerwährungen und dem Euro festzulegen.

Der Euro befindet sich also auf der Zielgeraden. Sie birgt, soweit erkennbar, keine Stolpersteine, die den zeitgerechten Zieleinlauf selbst gefährden könnten. Dennoch sind besondere Herausforderungen auf dem letzten Streckenabschnitt zu bestehen. Ihre Bewältigung wird ausschlaggebend dafür sein, wel-



Hans-Eckart Scharrer

## Das Jahr des Euro

chen Vertrauensvorschuß Bürger, Unternehmen und gesellschaftliche Gruppen innerhalb und außerhalb des Euroraumes der EZB und dem Euro zu gewähren bereit sind. Derzeit kann der Euro sich offenkundig eines solchen Vertrauensvorschlusses erfreuen. Historisch niedrige langfristige Zinsen in Europa und eine schwache Nachfrage an den Immobilienmärkten deuten darauf hin, daß die mittelfristigen Inflationserwartungen eher gering sind. Die Wechselkurse zwischen den (erwarteten) Eurowährungen sind stabil. Der Dollarkurs ist zwar gestiegen, bewegt sich aber noch in einem Rahmen, der als Normalisierung – nach vorangegangenen Schwächephasen – zu interpretieren ist.

Die Erfahrungen von 1992, aber auch die jüngsten Entwicklungen an den ostasiatischen Finanz- und Devisenmärkten sollten freilich eine Warnung an die politischen Entscheidungsträger sein, daß Markteinschätzungen rasch umschlagen können. Dies gilt besonders gegenüber einem neuen Geld, das sich noch nicht – wie etwa die D-Mark – auf die langjährige Reputation einer standfesten Zentralbank stützen kann. Auch die Risiken im realwirtschaftlichen Bereich, insbesondere die regionalen Beschäftigungsrisiken bei geringer Lohnflexibilität, verlangen ein behutsames Vorgehen beim Einstieg in die EWU,

sollen die langfristigen ökonomischen und politischen Erträge der gemeinsamen Währung nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Das erfordert zunächst, daß bei der Auswahl der EWU-Teilnehmer der Nachhaltigkeit der 1997 erzielten Konvergenzergebnisse ein besonders hoher Rang eingeräumt werden muß. Soll das Risiko der Währungsunion minimiert werden, dann darf sich die Beurteilung der EWU-Reife eines Landes nicht schematisch an der formalen Erfüllung der Konvergenzkriterien im sogenannten Referenzjahr 1997 ausrichten.

Zu einem überzeugenden Start der EWU gehört, daß alle Teilnehmerländer die institutionelle Konvergenzbedingung des Maastricht-Vertrages – die Entlassung ihrer nationalen Zentralbank in die volle Unabhängigkeit („legal convergence“) – ohne Wenn und Aber fristgerecht erfüllen. Hier haben eine Reihe von Ländern noch Nachholbedarf. Bedeutsam für die Glaubwürdigkeit der EZB sind auch die Auswahlkriterien für den künftigen Präsidenten und die übrigen Mitglieder des Direktoriums. Die Vorstellung, diese Auswahl könne „unpolitisch“ erfolgen, ist abwegig. Zu fordern ist aber, daß die Entscheidung sich zuerst an der Qualität und nicht an der Nationalität des Kandidaten orientiert. Trotz – oder gerade wegen – ihrer Unabhängigkeit wird sich die EZB der öffentlichen Kritik stellen müssen. Vertrauensbildend wäre es, wenn die nationalen Regierungen sich mit Kritik und Begehren zurückhielten und die Aufgabenzuweisungen des Maastricht-Vertrages nicht in Frage stellten. Die Arbeitslosigkeit in Europa ist kein Versäumnis der Geldpolitik, und sie läßt sich mit geldpolitischen Maßnahmen nicht dauerhaft abbauen.

Die Europäische Währungsunion startet unter schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen. Erfolg oder Mißerfolg des Unternehmens hängen maßgeblich von der Qualität der Entscheidungen ab, die in diesem Jahr getroffen werden. Auch und vor allem in diesem materiellen Sinne ist 1998 das Jahr des Euro.